

INHALT

Vorwort	6
Mühlacker als Enzkreis-Hauptstadt?	8
Erfahrung – Zeitzeuge Winfried Scheuermann	28
Volksabstimmung 1971	32
Mitgift Aktien	33
Mitglieder des Gemeinderats Mühlacker	34
Die ersten Drei	36
Lomersheim, Mühlhausen und Enzberg	
Der vierte Freiwillige: Großglattbach wird Stadtteil	42
Geschichte und Entwicklung	
Bürgermeister Hans Enchelmaier	66
Wohin konnte, sollte, durfte die Reise gehen?	71
Modelle zur Gebietsreform	
Eingliederungsvereinbarung Großglattbach	75
Im Rückblick: Kommentar zur Eingemeindung	82
Hans-Peter Vaas	
Ein Vertrag und seine Folgen	88
Abschied von der unechten Teilortswahl	94
Überlegungen von Bernd Aker	
Lienzinger kämpften bis zuletzt gegen den Anschluss	100
Richard Allmendinger	119
Der letzte Lienzinger Bürgermeister	
Leserbriefe	120
Günter Bächle und Reaktion der Stadtverwaltung Mühlacker	
Der Heidenwäldle-Deal	124
Eingemeindung – Eine persönliche Sicht	131
Siegfried Hermle	
Mühlackers Plan scheitert: Ötisheim bleibt selbstständig	136
Interview Willy Benndorf	142
Genossen unter sich	147
Die Gemeinden von oben	148
Kurioses um Straßennamen	154
Friedrich Münch prägt ein Dorf	160
Der Hirsch in Lienzingen	177
Kfz-Kennzeichen als Heimatgefühl	186
Mini-Gemeinden gibt es trotz allem noch im Land	190
Karten der Verwaltungsgliederung seit dem Jahr 1800	191
Die Autoren	194

MÜHLACKER ALS ENZKREIS- HAUPTSTADT?

GÜNTER BÄCHLE

DIE GEGNER SIEGTEN IN DER ENDPHASE DER KREISREFORM

Zum Abschied gab es eine etwa 12 auf 18 auf 5 Zentimeter große Schatulle, mit abnehmbarem Deckel, alles aus Keramik, lasiert. Darauf eingraviert: das Wappen des Landkreises Vaihingen/Enz, im oberen Teil der rote Vaihinger Löwe, unten das Mühlrad aus dem Mühlacker Wappen, dazwischen der Maulbronner Schachbalken.

Da steckt Symbolik, aber auch die Tragik dieses Kreises drin. Ein Kreis mit zwei Gesichtern. Eines blickte nach Westen, das andere nach Osten. Denn die Rivalität zwischen Mühlacker und Vaihingen erleichterte der Landespolitik, diesen Kreis im Jahr 1971 zu zerschlagen, aufzuteilen zwischen Pforzheim und Ludwigsburg (und ein bisschen Karlsruhe). Das dazu beschlossene Gesetz gilt seit dem 1. Januar 1973. Die Kreisgebietsreform von 1971/72 war die letzte Chance für Mühlacker, Sitz des Landratsamtes zu werden. Ein alter Wunsch, der sich jedoch nie erfüllte.

Die Schatulle, über deren Schönheit sich streiten lässt, besitzt zumindest einen ideellen Wert. Es war das offizielle Abschiedsgeschenk des Landkreises Vaihingen. Der letzte Landrat von Vaihingen: Erich Fuchslocher (1921–1982): 1966–1972 Landrat, 1951–1966 Bürgermeister



Das Abschiedsgeschenk – eine Schatulle
© Günter Bächle

in Mühlacker, zuvor in Kirchheim/Neckar. Um Landrat zu werden, musste 1966 die Landesregierung die Lex Fuchslocher beschließen, denn eigentlich durften eine solche Position nur Beamte des höheren Dienstes einnehmen.



Doch Fuchslocher kam aus dem gehobenen Dienst. Hürden, die bald darauf ganz beseitigt wurden. Nach seiner Landratszeit wurde der FDP-Mann Direktor beim größten Unternehmen von

Oberderdingen, der einzigen ehemaligen Vaihinger Kreisgemeinde, die nun zum Kreis Karlsruhe gehörte. Er hatte einen guten Draht zur Wirtschaft schon als Bürgermeister. Zusammen mit Paul Eberle, seinerzeit Leiter der

Oben: Erich Fuchslocher © Stadtarchiv Mühlacker

Stadtwerke Mühlacker, später ehrenamtlich Stadtrat in Mühlacker, holte Fuchslocher das Zweigwerk von Behr (heute Mahle) an die Lienzinger Straße in Mühlacker.

Wie war das eigentlich vor 50 Jahren, als die Großkoalitionäre von CDU und SPD in Baden-Württemberg auf der Landkarte neue Grenzen der Stadt- und Landkreise zogen? Danach hieß es: Der Kreis Vaihingen war einmal, der Kreis Leonberg auch, Letzterer trotz des eingängigen Slogans „LEO muss bleiben“. Eines der dabei entstandenen Konstrukte hieß Enzkreis. Der legt sich wie ein Kragen um den Landkreis Pforzheim.

Einflussreiche Politiker in Land und Kreis zurrten das Gesamtpaket fest, ungeplantes Öffnen ward nicht erwünscht. Der Landtag hatte einen Sonderausschuss gebildet, der Vaihinger Kreistag eine achtköpfige Sonderkommission. Just die Kommission sollte dem Sonderausschuss in Stuttgart ein Schnippchen schlagen und dessen Teilungspläne für den Landkreis Vaihingen durchkreuzen. Fast hätte es die VAI-Task Force geschafft! Fast?

Das Fazit vorab: Zeitweise zweifelte seinerzeit der Betrachter doch heftig an der Fähigkeit mancher Menschen zum fairen und sachlichen Disput. Demokratie geht anders, selbst bei einem so kontroversen Fall wie einer Kreisgebietsreform. Die Realitäten damals: Beleidigungen, Geschmacklosigkeiten, Diskussionsverweigerung, persönliche Herabsetzung vor Ort – besonders zwischen der zweiten und dritten Lesung des Gesetzes im Landtag und dem Streit darüber, ob der ganze Kreis Vaihingen zu Pforzheim geschlagen wird oder nur die westliche Hälfte. Ein politischer Prozess, bei dem nicht wenige der lokalen Meinungs-

führer gerade im Bereich Vaihingen versagten. Denn für die Fusion der gesamten Landkreise Pforzheim und Vaihingen zu einem neuen Kreis Pforzheim gab es am 8. Juli 1971 in der zweiten Lesung des Kreisreformgesetzes überraschend eine Mehrheit. Was da im Plenum des Landtags von Baden-Württemberg abließ, war für die einen ein Traum, für die anderen ein Albtraum. Doch in der dritten Lesung am 22. Juli 1971 brachten die Regierungsfraktionen ihre Leute wieder auf Kurs und kassierten den „Sündenfall Vaihingen“ – teilweise mit Unterstützung der oppositionellen FDP. Exakt zwei Wochen lang hatte der Großkreis Pforzheim/Vaihingen mit 210.000 Einwohnern formal Bestand, der Nachbarkreis Ludwigsburg hatte 353.000.

Das Innenministerium ließ in einem Erlass am 9. Juli 1971 die betroffenen Gemeinden wissen, sie gehörten nun zum neuen Kreis Pforzheim – den sie dann Enzkreis nannten – und damit zur Region Nordschwarzwald, der nun bis vor die Tore Stuttgarts reichte. Versehentlich schickte die Behörde ihren Brief auch an das Bürgermeisteramt Hochberg, das unzweifelhaft beim Kreis Ludwigsburg blieb, und sorgte dort für höchste Irritationen. Hochberg ist inzwischen Stadtteil von Remseck.

Als der Sommernachtstraum platzte, war es endgültig: Die östliche Hälfte kam zum Kreis Ludwigsburg, die andere zum Enzkreis und – wie schon in der ursprünglichen Planung vorgesehen – Oberderdingen zum Kreis Karlsruhe. „Sündenfall Vaihingen wieder aus der Welt“, titelte am 23. Juni 1971 die Ludwigsburger Kreiszeitung. Traum und Großkreis Pforzheim währten 14 Tage.

DIE GEBIETS- UND VERWALTUNGSREFORM IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Nach einem Diskussions- und Entscheidungsprozess auf allen Ebenen von 1968 bis 1975 gab es nur noch 1.111 statt vorher 3.379 Gemeinden. Die Zahl der Landkreise war von 63 auf 35 reduziert worden. Die Regierungspräsidien blieben – vier an der Zahl, aber mit geändertem Zuschnitt. Neu waren zwölf Regionalverbände als Träger der Regionalplanung im Auftrag des Landes, aber mit kommunal besetzten Gremien. Verschiedene Expertenkommissionen bereiteten diese Reform vor, die in allen Flächenstaaten in Gang gekommen war. Die öffentliche Verwaltung sollte den veränderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen angepasst werden.

Der Großkreis Ludwigsburg war nun mit 411.000 Menschen weiter der drittgrößte Kreis unter den nun 35 Landkreisen, Pforzheim fiel auf 152.000 Köpfe zurück. Das Zugeständnis der Teiler: Der Kreis erhielt seinen Namen nicht nach dem jener Stadt, in der das Landratsamt seinen Sitz hatte, also Pforzheim, sondern eine landschaftsbezogene Bezeichnung und da bot sich als Namensgeber die das Kreisgebiet durchquerende Enz an. Der Fluss Enz als verbindendes blaues Band.

Mit 603 Quadratkilometer war er der Fläche nach der zweitkleinste vor Tübingen, schrieb der erste Landrat Dr. Heinz Reichert (vorher Erster Landesbeamter im Landratsamt Vaihingen) im Jahr 1976 in der ersten gemeinsamen Kreisbeschreibung. Er hielt aber nach Zahl der Gemeinden und Einwohner einen Mittelplatz, rangierte bei der Bevölkerungsdichte (274 Einwohner pro Quadratkilometer, zum Vergleich 240 im Kreis Vaihingen) auf den zehn ersten Rängen (Heinz Reichert, *Der Enzkreis in: Pforzheim und der Enzkreis, 1976. Konrad-Theiss-Verlag. S. 20 f.*). Seine Botschaft: So schwach sind wir auch in dem gewählten Zuschnitt nicht, selbst wenn die Verfechter der Fusion der Kreise Pforzheim und Vaihingen immer argumentierten, nur in

dieser Formation erreiche das neue Gebilde eine ausreichende Stärke.

Am 1. Januar 1973 wurden die bisherigen 72 Stadt- und Landkreise auf 44 reduziert. Davon wies seither der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald mit plus 51% das stärkste Bevölkerungswachstum auf. Nur geringfügig schwächer entwickelte sich der Landkreis Heilbronn in den vergangenen 50 Jahren (+50%). Mit gut 31 Prozent Plus übertrifft der Enzkreis den Kreis Ludwigsburg leicht. (*Statistisches Landesamt*)

DIE GESCHICHTE VOR DEM SÜNDENFALL

Schon mehrere Landesregierungen nahmen nach 1952 Anläufe für einen neuen Zuschnitt der Kreis-Karte im Südwesten, doch sie scheiterten, bekamen kalte Füße, schoben die Sache auf die lange Bank. Zwar legte die Landesregierung 1955, somit drei Jahre nach Gründung des Südweststaates, ein Gesetz zur Neuordnung des Gebietes von Landkreisen vor, doch der Anlauf der Allparteienkoalition unter Ministerpräsident Gebhard Müller (CDU) scheiterte. Die Mehrheit hielt ihn für verfrüht. Zuerst müsse das neue Bundesland zusam-

menwachsen. Der Landtag akzeptierte aber die Bildung einer Kommission unabhängiger Sachverständiger zur Ausarbeitung von Vorschlägen zur Vereinfachung, Verbesserung und Verbilligung der Verwaltung. Zur Überraschung stellten die Experten in ihrem 1958 vorgelegten Gutachten fest, die derzeitige Größe der Landkreise sei zweckmäßig und auch ausreichend, um die ihnen obliegenden Aufgaben zu erfüllen. Daraufhin erklärte Müllers Nachfolger als Regierungschef, der Christdemokrat Kurt Georg Kiesinger, die CDU/FDP-Landesregierung beabsichtige nicht, die bestehenden Kreisgrenzen anzutasten.

Ende 1966 kam erst wieder Bewegung in die Debatte: Kiesinger wechselte nach Bonn, löste Ludwig Erhard als Bundeskanzler ab und neuer Chef, der fortan von CDU und SPD gebildeten baden-württembergischen Landesregierung wurde Hans Filbinger (CDU), vormals Innenminister. Beide Fraktionen verfügten zusammen über eine Zweidrittelmehrheit – eine stabile Basis im Landtag, um doch noch eine Kreisreform zu wagen. Und sie bildeten auch nach der Landtagswahl 1968 die Regierung. Diese erneute Große Koalition war auch Folge des erstmaligen Einzugs der Nationaldemokratischen Partei (NPD) ins Landesparlament. Die Neo-Nazis holten auf Anhieb zehn Prozent von Stimmen und Mandaten. Filbinger und sein Innenminister Walter Krause (SPD) ließen sich dadurch nicht abschrecken, weiter an den Plänen zur Reform der Verwaltung zu arbeiten, auch wenn frühzeitig klar war, dass ein solches Projekt auch auf Proteste stößt. Der Motor waren eindeutig die Sozialdemokraten und ihr Chef, Vize-Ministerpräsident Krause. Die SPD habe die Regierungsbeteiligung bejaht, um die Verwaltungsreform anpacken zu können, sagte Krause. Gebietsreform

tut weh, bekannte der CDU-Abgeordnete und Landrat von Überlingen, Karl Schiess, im Juli 1971 im Landtag. Wer sie durchführe, brauche daher Mut. Wer die Notwendigkeit dieser Reform bejahe, müsse aber diesen Schritt wagen, wenn er nicht unglaublich werden wolle. (Protokoll, 5. Wahlperiode, S. 7026 und *Die Entstehung des „Großkreises“ Ludwigsburg, Bemerkungen zur Kreisreform 1973*, herausgegeben vom Kreisarchiv Ludwigsburg, Autor Dr. Thomas Schulz)

Die Reform stockte nicht, als die CDU 1972 die absolute Mehrheit errang. Schiess löste Krause als Innenminister ab.

Jedenfalls ließen Union und Sozialdemokraten während ihres politischen Bundes keine Zweifel daran, die Kreisgebietsreform durchzusetzen. Allerdings mit unterschiedlicher Schärfe. Am radikalsten fiel das Denkmodell von Walter Krause aus: 25 statt 63 Land-, 5 statt 9 Stadtkreise, 2 statt 4 Regierungsbezirke, dafür erstmals Regionalverbände, die die Landesplanung vor Ort in eigenen Plänen ausgestalten sollten. Die CDU ihrerseits schlug 38 Großkreise vor. Aufgrund eines Expertengutachtens verständigten sich die Koalitionäre jedoch auf 35 Land- und acht Stadtkreise. Schon damals war klar: Der Landkreis Vaihingen mit seinen 92.500 Einwohnern und 42 Gemeinden ließ sich bei allen Varianten als eigenständige Einheit nicht halten.

Plötzlich gab es im Landratsamt an der Vaihinger Franckstraße ein seltenes, um nicht zu sagen, Luxus-Problem: ein schon geplantes Kreisbuch. Das Manuskript lag fertig vor. Dann kam die Kreisreform. Hatte es einen Sinn, im letzten Lebensjahr des Landkreises Vaihingen noch ein Heimatbuch herauszugeben? Die Meinungen schwankten zwischen überholt

DER HEIDENWÄLDLE-DEAL

GÜNTER BÄCHLE

Erst der nördliche Nachbar macht das „Heidenwäldle“ in seiner jetzigen Größe möglich. Taktik, Störfeuer, Unmut und dann doch 1964 Zustimmung nach mehr als dreijährigen Vertragsverhandlungen. Das größte Grundstücks geschäft der Gemeinde Lienzingen seit Jahrhunderten dürfte das gewesen sein. Trotzdem passte das Kernstück der Vereinbarung auf eineinhalb Seiten der Größe DIN A4, getippt auf der Schreibmaschine mit mehreren Durchschlägen. Im zweiten Schriftstück ging es ums Geld. Am 12. November 1965 unterschrieben die Bürgermeister von Lienzingen und Mühlacker, Richard Allmendinger und Erich Fuchslocher, das kommunale Abkommen über einen Markungstausch von 8,7 Hektar. Der kleinere Partner ließ sich den Handel mit gut einer Million Mark entschädigen. Und finanzierte damit 1966 den Bau seiner Gemeindehalle.

Mit einer Bekanntmachung vom 12. Januar 1966 teilte das Regierungspräsidium Nordwürttemberg in Stuttgart im Gesetzblatt auf Seite 26 der Öffentlichkeit seine Genehmigung unter der Nummer 14 - 512/35 Mühlacker-Lienzingen/1 mit: „die Umgemeindung eines unbewohnten Gebietsteils der Gemeinde Lienzingen von 8 ha 70 ar 32 qm in das Gebiet der Stadt Mühlacker und eines unbewohnten Gebietsteils der Stadt Mühlacker von 8 ha 70 ar 6 qm in das Gebiet der Gemeinde Lienzingen“.

Rechtswirksam wurde der Tausch dieser zwei Kommunen des Landkreises Vaihingen am 1. Februar 1966.

So stehen die Häuser nördlich der Ernst-Reuter-Straße, des Berliner Rings (hier springt an einer Stelle die alte Markungsgrenze etwas zurück), an der Louise-Schroeder-Straße und östlich des Berliner Rings bis kurz vor der dreispurigen Zufahrtsstraße sowie die Reihenhäuser zwischen Berliner Ring und katholischem Gemeindezentrum auf ehemals Lienzinger Markung.

ZUERST FLÄCHE VOM LAND

Um die Siedlung realisieren zu können, tauschten bereits 1962 Staatsforstverwaltung und Stadt Mühlacker jeweils 2,77 ha Fläche. Zudem musste die Kommune, für das dem Heidenwäldle vorgelagerte 2,54 ha große Flurstück Nr. 2413/2, dem Land Baden-Württemberg 223.432 Mark bezahlen, schon abgezogen ein Sozialrabatt von 2,50 Euro pro Quadratmeter, den die Stadt nachträglich bezahlen müsse, wenn es nicht innerhalb von drei Jahren für den öffentlich geförderten Wohnungsbau verwendet werde, hieß es am 29. Oktober 1963 im Gemeinderat, der einstimmig dafür war (Stadtarchiv Mühlacker, STAM, GR 73, S. 112).

Doch die mit dem Land getauschte und gekaufte Fläche reichte nicht. In seiner Sitzung



Markungstausch Heidenwäldle: Die rot gekennzeichneten Teile trat Lienzingen an Mühlacker ab.
© Stadtarchiv Mühlacker

vom 16. Juli 1963 ließ Bürgermeister Fuchslocher den Mühlacker Gemeinderat wissen, der vom Gremium am 10. Oktober 1961 genehmigte Bebauungsvorschlag des Baudirektors Gerber von der Regionalen Planungsgemeinschaft Württemberg-Mitte (RPW) mache einen Markungstausch von je rund 8,3 ha mit Lienzingen erforderlich (STAM, GR 79, S. 56).

MIT ERSTER PLANUNG AN GRENZE GESTOSSEN

Im Herbst 1961 beschloss der Rat der Siedlerstadt die Aufstellung eines Bebauungsplans Heidenwäldle, beauftragte mit den Planungen die Regionale Planungsgemeinschaft Württemberg, begründete diesen Schritt mit dem Ziel, in den Besitz eines etwa 18 ha großen, günstig gelegenen Baugebiets zu gelangen. Seit Anfang 1961 bemühte sich die Stadtverwaltung um einen Waldtausch mit der Forstverwaltung. Um die Pläne optisch zu verdeutlichen, stand ein von der RPW geliefertes Modell der künftigen Mustersiedlung dem Technischen Ausschuss des Gemeinderats am 13. Juni 1961 zur Verfügung.

Die Begründung für die Notwendigkeit des Wohngebiets erinnert an die aktuelle Diskus-

sion um Mangel an preisgünstigem Wohnraum und der Bebauung der alten Ziegelei, die nur unwesentlich größer ist als das Heidenwäldle. „Seit Aufhebung der Preisstopp-Verordnung treten bei der Beschaffung von Bau- und Siedlungsgelände außerordentliche Schwierigkeiten auf, so dass es der Stadt nicht mehr möglich ist, wie in früheren Jahren das zur Befriedigung des Bedarfs erforderliche Baugelände aufzukaufen und bereitzustellen“, heißt es im Protokoll der Mühlacker Ratssitzung vom 10. Oktober 1961 (STAM, GR 74, S. 77).

ZUERST UM 6,5 HA NACHGEFRAGT

Erstmals am 3. März 1961 befasste sich der Lienzinger Gemeinderat – in Punkt 9 – mit dem, wie es zuerst hieß, Waldtausch. Der Bürgermeister sagte, die Stadt Mühlacker möchte von Lienzingen 6,5 ha Waldgelände unmittelbar angrenzend an die Landesstraße Mühlacker-Lienzingen in westlicher Richtung (Trinkwald) und biete im Gegenzug Staatswald im „hinteren Haidenwäldle“ sowie einen finanziellen Ausgleich des Minderwerts. Doch die neun anwesenden der zehn Lienzinger Räte lehnten sich zurück und gaben die Parole aus: abwarten! Und so schrieb Allmendinger ins Protokoll: „Bei der Beratung herrschte völlige

Übereinstimmung darüber, dass die Gemeinde Lienzingen kein Interesse an einem Grenzaustausch hat. So könne man den Wünschen des größeren Nachbarn in Ruhe entgegensehen. Die Stadt müsse entweder ihr Ziel zurücksteken oder aber Lienzingen ein Angebot unterbreiten, das eine weitere Verhandlung lohne. Unter Umständen sei die Gemeinde selbst daran interessiert, dort ein Siedlungsvorhaben zu verwirklichen". Beschlossen wurde nichts (STAM, Li B 326, S. 82).

Damit war klar: Die Lienzinger sahen sich in der Position des Stärkeren. Selbst dort eine Siedlung zu realisieren, war – allein schon wegen der Entfernung zum Mutterort – wohl nicht ernst gemeint, sollte offensichtlich zusätzlich preistreibend wirken. Eine Politik, die durchaus im Interesse der damals knapp 1.200 Einwohner zählenden Gemeinde lag. Das Thema tauchte dann erst in der Sitzung vom 11. Januar 1963 wieder auf, doch eher am Rande, als Zukunftsaufgaben besprochen wurden wie weitere Baugebiete, Abwasserentsorgung, Ortsverschönerung. Bürgermeister Allmendinger, ein Pragmatiker, berichtete über den Stand der Verhandlungen mit Mühlacker, worüber der Gemeinderat eingehend beriet. „Diesbezügliche Beschlüsse wurden nicht gefasst“, endet sein Protokolleintrag. (S. 181) Unterdessen hatten die Mühlacker Stadträte für die weiteren Verhandlungen mit Lienzingen neben dem Bürgermeister noch Stadtrat Bernhard Braun (SPD) aus dem Eckenweiher benannt (GR 15.01.1963) (STAM GR 79, S. 10).

VORENTSCHEIDUNG IM SOMMER 1963

Zur Sache ging es erst am 16. August 1963: Da lag den Gemeinderäten, die im Rathaus tagten, das offizielle Angebot der 12.100-Einwohner-Stadt Mühlacker vom 6. August 1963 vor. Die

Nachbarn wollten 8,3 ha Gemeindewald und boten als Kaufpreis 830.000 Mark, plus einem von der Forstdirektion ausgerechneten Bestandswert von 140.749 Mark. Da die Lienzinger nicht auf Markungsfläche verzichten wollten, sollten sie im Gegenzug die Abteilung VIII in ihr Gebiet einverleiben dürfen. Doch letzteres passte ihnen nicht, weil das einer halben Enklave gleichkomme, denn die Fläche ziehe sich an der Mühlhäuser Markungsgrenze bis zur Bahnlinie hin (ein ausgedehnter Geländeeinschnitt zwischen zwei Markungen). Dagegen wollte Lienzingen die Abteilung IX des Stadtwaldes, was die Lienzinger Markung abrunde. Hier erwarte die Gemeinde ein Entgegenkommen (STAM, Li B 326, S. 222).

Das gesamte Paket stand an diesem Augusttag des Jahres 1963 auf der Tagesordnung, so dass breit diskutiert werden konnte. Sämtliche Probleme seien angesprochen und in sachlicher Form erörtert worden, steht in der Sitzungsniederschrift, die sich in den Beständen des Stadtarchivs Mühlacker (STAM) befindet. Weil zwei Ratsmitglieder fehlten, ging das Ortsparlament zwar ohne Beschluss auseinander, doch der Schultes appellierte, angesichts anstehender größerer Projekte könnten auch Erscheinungen auftreten, (...) die den gesamten Einsatz des Gemeinderats erfordern. Der Gemeinderat würde guttun, wenn er bei den schwierigen Problemen auch einmal hinter dem Bürgermeister stehe. Er hoffe, dass wohl auf diesem Gebiet Klarheit herrsche, steht im Protokoll zu lesen (STAM, Li B 326, S. 223). Zumindest im Protokoll findet sich kein Hinweis auf die wenige Wochen zuvor wegen der Planung einer neuen B10 als Nordumgehung von Mühlacker angedrohte Verweigerung von Allmendinger, einen Tauschvertrag zu unterschreiben, wenn die Stadt in dieser Sache die Gemeinde



Das Heidenwäldle im Jahr 1968 © Orthofoto

Lienzingen nicht unterstütze. Die B10 hätte nochmals Gemeindewald gekostet.

SPEKULIERT AUF BEHR

Doch die Senderäder Gremien blieben beim Wunsch der Lienzinger in dem Punkt Abteilung IX des Stadtwaldes hart – das neue Lienzinger Markungsgebiet lag also weit ab vom Schuss. In der Ratssitzung vom 17. September 1963 empfahl Bürgermeister Fuchslocher, zu versuchen, die Lienzinger Gemeinderäte zu den weiteren Verhandlungen beizuziehen, von denen er sich eine größere Bereitschaft zum Entgegenkommen verspreche (STAM, GR 79, S. 97). Am 29. Oktober 1963 berichtete Fuchslocher über die Verhandlung mit einer fünfköpfigen Lienzinger Abordnung acht Tage zuvor im Mühlacker Rathaus. Der Streitpunkt Abteilung IX sollte zusammen mit der Forstdirektion gesondert geprüft werden. Fuchslocher sagte bei dem Treffen, Mühlacker wolle in der Abteilung IX einen Parkwald anlegen. Hintergrund des

Streits: Lienzingen spekulierte mit einer Erweiterung der Firma Behr in diesen Bereich des Stadtwaldes und hoffte, so am Gewerbesteuersegen teilhaben zu können. Doch der Mühlacker Stadtrat Karl Maneval (CDU) sagte bei der Zusammenkunft im Mühlacker Rathaus, er könne sich nicht denken, dass sich Vertreter der Stadt für eine Erweiterung hergeben könnten, zitiert ihn Allmendinger im Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 8. November 1963 (STAM, Li B 326, S. 236).

Geschickt verwebte Allmendinger den Mühlackerer Wunsch mit einem Ziel von Lienzingen: Angesichts der beabsichtigten Betriebsaufnahme des Ziegelwerks Mühlacker auf dem 1960 von ihm erworbenen Gelände zur Lehmausbeute sei die Gemeinde an einer raschen Betriebsaufnahme stark interessiert, die Frage der Gewerbesteuer solle noch vor Abschluss des Waldverkaufs geregelt sein. Hier kam Mühlacker entgegen (STAM, GR 79, S.